

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion

Hans Theo Klug

in der Sitzung des Rates der Stadt Brühl am Montag, dem 12.12.2016

(Freigabe: Montag, 12.12.2016, Beginn der Rede)

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wie schon in den Vorjahren hat der Bürgermeister seine Rede zur Einbringung des Haushaltes 2017 mit Ausführungen zum Kommunalen Finanzausgleich und zum Bund-Länderfinanzausgleich begonnen. So wie ich an dieser Stelle schon bei der Verabschiedung des Haushaltes 2016 auf grundlegende Probleme der Gemeindefinanzierung hingewiesen habe, hat der Bürgermeister dezidiert auf strukturelle Defizite der Finanzierung kreisangehöriger Städte und Gemeinden verwiesen.

Das Land fordert Leistungen, sorgt aber nicht für eine ausreichende Kostendeckung in der Kommune. Unter dieser fehlenden Konnexität leiden die Kommunen schon seit Jahren. Insbesondere durch das Land und zusätzlich durch Maßnahmen und Anforderungen des Bundes verstärkt werden die Kommunen mit Ihren vielfältigen Aufgaben in der Kinder- und Jugendbetreuung im wahrsten Sinne des Wortes „im Regen“ stehen gelassen. Die fehlende Konnexität von Land und Bund sind ein „kommunaler Defizittreiber“ und ein ernstes Problem bei der Aufstellung eines ausgeglichenen kommunalen Haushaltes.

Auch wenn der Kämmerer in seiner Einbringungsrede aufgezeigt hat, dass sich unter Annahme der heute bekannten Eckdaten die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben in den nächsten Jahren schließen wird, werden die Defizite in der Finanzausstattung der Städte und Gemeinden den Haushaltsausgleich auch in den kommenden Jahren erschweren.

Deshalb mahnt der Kämmerer zu Recht für die Zukunft eine vorsichtige Haushaltsführung an, auch wenn die Ergebnisse der letzten Jahre immer deutlich besser waren als geplant. Es muss aber möglich sein, vor dem Hintergrund der aktuell niedrigen Zinsen mit einer Festschreibungsmöglichkeit bis zur Ausfinanzierung im Rahmen der gebotenen Vorsicht Aufgaben anzugehen, die bislang zu wenig Beachtung gefunden haben, für das Leben in unserer Stadt aber wichtig sind.

Brühl ändert derzeit sein Gesicht. In allen Teilen der Stadt bestimmen Baustellen das Bild, seien es private oder öffentliche Bauten. Beispielhaft seien hier genannt:

- Entwicklung in Brühl-Ost
- Neubaugebiet Süd
- Ostzugang Balthasar-Neumann-Platz
- Südspitze Gieslergalerie
- Zweigleisiger Ausbau Linie 18
- Rathaus
- Feuerwache
- Projekte zur Mobilitätsvielfalt: Stärkung ÖPNV – 10 Minutentakt und „fahrradfreundliche Stadt“
- Projekte zur Erlebbarkeit der Stadt: beispielbare- und besitzbare Stadt

Dieser Stadtentwicklung muss der Haushalt nicht nur in den Bereichen Räumliche Planung und Verkehr, sondern auch in den Bereichen Soziales, Jugend und Bildung Rechnung tragen. Besondere Aufmerksamkeit wird auch in den nächsten Jahren das Thema Integration von Flüchtlingen verlangen.

Der heute zu verabschiedende Haushalt ist bestimmt von schon konzipierten oder schon begonnenen Projekten, die umfangreiche Investitionen verlangen. Diese Investitionen kommentierte der Kämmerer mit den Worten: „Investitionen wann, wenn nicht jetzt.“

Zwei Eckpunkte des Haushaltes gilt es herauszugreifen, nämlich der deutliche Anstieg bei den Personalkosten und die erfreuliche Mitteilung des Bürgermeisters, dass er insbesondere auf Drängen der Koalitionsparteien keine Sonderausschüttung der Tochtergesellschaften in Anspruch zu nehmen.

Eine Zunahme der Personalaufwendungen im Vergleich zu 2016 um jährlich rund zwei Millionen Euro ist schon gewaltig. Diese Mehraufwendungen sind zwar durch Tarifierhöhungen und Altersrückstellungen einerseits und gesetzlich bedingte Personaleinstellung insbesondere im Bereich der Kindertagesstätten und der Feuerwehr andererseits verursacht, doch stellt sich bei allem Verständnis zu den erläuterten Umstände die Frage nach der unabdingbaren Notwendigkeit in diesem Umfang. Aktuell gibt es unbestreitbar zusätzliche Bedarfe, die in der Fortschreibung des Haushaltsentwurfes schon ihren Niederschlag gefunden haben.

Hier seien beispielhaft die beiden Vollzeitstellen Kanalbauingenieur und Techniker im Straßenbau genannt. Ohne diese zusätzlichen Stellen ist die Pflege und Erhaltung der beiden Infrastrukturen nicht mehr in der gebotenen Weise leistbar.

Damit kann ich überleiten zu den für uns wichtigen Schwerpunkten.

2016 wurde das Projekt „Achtet auf Brühl“ als digitale Plattform bereitgestellt und sächlich wie personell ausgestattet. Wie man hört, laufen zahlreiche Meldungen aus der Bevölkerung ein. Trotz aller Bemühungen von Verwaltung und Stadtservicebetrieb, Abhilfe zu schaffen, empfinden viele Bürgerinnen und Bürger die Stadt zunehmend als ungepflegt und sorgen sich um das Erscheinungsbild und den Ruf unserer Stadt.

Die durch den Stadtservicebetrieb zu pflegenden Bereiche haben zugenommen und nehmen weiter zu, der Personalbestand ist aber unverändert. Eine spürbare Verbesserung im Erscheinungsbild unserer Stadt ist nach Auffassung von CDU und Grünen nur möglich, wenn der Stadtservicebetrieb zusätzliche Kräfte einschließlich der notwendigen sächlichen Ausstattung erhält. Zu diesem Zweck haben CDU und Grüne beantragt, die Zuweisung an die AöR um 175.000 € aufzustocken. Die Einsparungen bei der Kreisumlage sollen zumindest teilweise für bürgernahe Dienstleistungen genutzt werden. Diese Personalausweitung dient allen Bürgern und nicht nur der Ausstattung der Verwaltung.

Wir danken ausdrücklich allen Fraktionen für die bereits erteilte Zustimmung zu diesem Antrag..

Beginnend mit dem Jahr 2017 erhält Brühl in den nächsten vier Jahren pro Jahr 750.000 € aus dem Programm „Gute Schule 2020“. Angesichts der Bedeutung der Nutzung digitaler Medien im Unterricht sind die Verfügbarkeit eines schnellen Internet und Vernetzung unabdingbar. Insbesondere beim Zugang zum schnellen Internet hapert es noch. Deshalb halten CDU und Grüne es für geboten, ein Gesamtkonzept für den Zugang zum schnellen Internet für alle Brühler Schulen zu erstellen. Nach Auffassung der beiden Fraktionen sind hierfür 100.000 € der in 2017 auszahlenden 750.000 € zu binden.

Es ist wichtig, dass Kinder durch eine Mitgliedschaft in einem Sportverein ihr Selbstwertgefühl stärken und entwickeln. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft von Kindern in einem Sportverein, ihrer Entwicklung und ihrem sozialen Status. Dies sind wesentliche Erkenntnisse aus der Begleitforschung zum Landes-Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen“.

Nachdem der Armutsforscher Prof. Dr. Strohmeier im Rahmen des Kinderarmutsprojektes des Brühler Jugendamtes am 19.11.2015 zu diesem Thema referierte war klar: Alle Brühler Kinder sollen die Möglichkeit erhalten, Mitglied in einem Sportverein zu werden! In einer sportlichen Gemeinschaft findet ein soziales Miteinander statt, unabhängig von der sozialen Herkunft, Sprache und Kultur. Dieses Miteinander im frühen Kindesalter gilt es zu fördern. Dabei darf die finanzielle Situation des Elternhauses kein Hindernis sein.

Das Projekt „Spokids“ wird auf Sponsorenbasis in anderen Städten und Kommunen bereits praktiziert. Vom „Runden Tisch gegen Kinderarmut“ wurde in diesem Zusammenhang die Idee des „Sportgroschen“ geboren. Es wurde angeregt, dass alle Mitglieder der Brühler Sportvereine pro Monat 10 Cent zusätzlich zu ihrem Monatsbeitrag erheben und für das Projekt zur Verfügung stellen. Auf diese Weise können eine mühselige Sponsorsuche minimiert und die Finanzierung langfristig gesichert werden. Mit den Geldern soll es den Kindern im Alter von 4 bis 6 Jahren ermöglicht werden, unabhängig von der finanziellen Situation von Vater und Mutter für drei Jahre an einem Vereinssportleben teilzunehmen und eine entsprechende Vereinsmitgliedschaft zu erwerben.

Die Idee, unter dem Stichwort „Sportgroschen“ von allen Sportvereinsmitgliedern 10 Cent zum monatlichen Beitrag als Sponsorenbeitrag zu erfragen, ist von den am runden Tisch anwesenden Vereinsvertretungen der Brühler Sportvereine einstimmig unterstützt worden. Auch liegen schon spontane Zusagen vor.

Die Fraktion von CDU und Grünen halten dieses Projekt für unterstützenswert. Deshalb haben die Fraktionen die Bereitstellung von 20.000 € beantragt, um die Ausfinanzierung des Projektes sicherzustellen. 15.000 Euro werden mit einem Sperrvermerk zu Gunsten des Hauptausschuss versehen. Das Budget soll nur zum Einsatz kommen, wenn über den „Sportgroschen“ und weiteres Sponsoring nachweislich keine Kostendeckung erfolgen kann. Mit diesem „Startbudget“, soll primär eine Absicherung des Projektes erfolgen, um ein reibungsloses, längerfristiges Sportangebot an die Kinder aufrecht zu erhalten. Die Verwaltung wird zudem versuchen, Fördergelder für das Projekt „Spokids“ zu bekommen.

Der Antrag fand dankenswerterweise auch die Unterstützung in anderen Fraktionen.

Meine Damen und Herren, immer wieder muss sich der Ausschuss für Verkehr und Mobilität mit Klagen über die Parkplatzproblematik in allen Stadtteilen beschäftigen. Das Arbeiten an

Einzelfällen gleicht einer Behandlung von Symptomen. Abhilfe zu schaffen ist sicherlich eine Herausforderung. Voraussetzung kann nach Ansicht von CDU und Grünen nur ein stadtweites Konzept für das Quartiersparken sein. Deshalb haben CDU und Grüne in einem ersten Schritt für 2017 ein Budget in Höhe von 10.000 € zur Erstellung eines Konzeptes beantragt. Die Bereitstellung mit Sperrvermerk und abschließender Beratung für den Ausschuss für Verkehr und Mobilität fand im Hauptausschuss eine Mehrheit.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen beschloss der Ausschuss für Verkehr und Mobilität am 7. November 2016 einstimmig, dass die Verwaltung prüfen möge, ob und zu welchen Konditionen auf dem Streckenabschnitt von Brühl-Mitte bis Brühl-Schwadorf nach Fertigstellung des zweigleisigen Ausbaues im Brühler Stadtgebiet ein 10-Minutentakt entsprechend dem von Köln nach Brühl-Mitte bestehenden Fahrplan realisiert werden kann. Weiterhin sollte die Linie 18 samstags sowie an Sonn- und Feiertagen im 30 Minutentakt fahren.

Nach dem zweigleisigen Ausbau gilt es, die neuen Möglichkeiten zu nutzen und auch für die Bürgerschaft im Brühler Süden und ebenso für die Bewohnerinnen und Bewohner der im Brühler Süden neu entstehenden Wohngebiete den öffentlichen Nahverkehr attraktiv zu gestalten. Inzwischen wohnen in den südlichen Stadtteilen mehr Bürgerinnen und Bürger als in den nördlichen Stadtteilen. Für alle sollte zukünftig der gleiche günstige Fahrplan gelten. Darüber hinaus ergibt sich eine bessere Anbindung des südlichen Buslinienverkehrs an die Linie 18. Die Fahrgäste müssen nicht erst bis Brühl-Mitte den Bus nehmen, sondern können z.B. schon in Brühl-Badorf auf das Schienennetz umsteigen.

Die Linie 18 ist das einzige öffentliche Schienenverkehrsmittel, das sich durchgehend barrierefrei darstellt und eine optimale Ergänzung zum barrierefreien Brühler Busverkehr anbietet.

Da derzeit die Linie 18 ab Samstagnachmittag lediglich im 1-Studentakt fährt, war den Koalitionsparteien ebenfalls eine bessere Taktung an Samstagen wichtig. Immer mehr - vor allem jüngere Personen - nutzen am Wochenende die öffentlichen Verkehrsmittel.

Für die Einrichtung der verbesserten Fahrzeiten wird der Ansatz in der Finanzplanung für 2018 um 60.000 € erhöht. Diese von den Koalitionsfraktionen veranlasste Änderung in der Haushaltsplanung ab 2018 fand im Hauptausschuss als eine „sinnvolle Investition in die Zukunft“ einstimmige Zustimmung.

Im Herbst 2013 ließ der Kreis eine Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten der Bevölkerung in den kreisangehörigen Städten durchführen. Für Brühl weist die Studie eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Nutzung des Fahrrades aus. Dieser überdurchschnittliche Anteil des Fahrrades am Individualverkehr macht es aus Sicht der Fraktionen von CDU und Grünen notwendig, nachhaltig zu handeln, um dem stetig steigenden Anteil des Radverkehrs am Individualverkehr zu entsprechen. Deshalb beantragen die beiden Fraktionen heute nach Vorberatung und einem 8:8 Votum im HA nochmals, 20.000 € für die Erstellung eines Masterplanes Fahrrad bereit zu stellen. Ziel ist es, die notwendigen Maßnahmen aufzulisten und zu bündeln, um den Radverkehr in Brühl zu stärken und zukunftsfähig zu gestalten, und zwar nach dem Motto: Wie könnte sich Brühl radverkehrstechnisch in einigen Jahren darstellen? Die definierten Maßnahmen können dann Zug um Zug abgearbeitet werden. Teure Flickschusterei, die nur einer Behandlung der Symptome gleichkommt, wird hiermit unterbunden.

In den letzten Jahren nahmen die Beliebtheit des Fahrrades im Freizeitbereich und die Nutzung als Nahverkehrsmittel stetig zu. Aufgrund einer immer stärker genutzten Unterstützung durch einen elektrischen Antrieb sind für die heutige Radfahrgeneration die in Brühl anzutreffenden Steigungen kein Hindernis mehr. So ist festzustellen, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger bis ins Seniorenalter das Rad als Verkehrsmittel für den Orts- und Nahverkehr neu entdecken.

In dem Masterplan Fahrrad sollen alle Maßnahmen festgehalten werden, die notwendig sind zur Erhaltung und Schaffung von sicher geführten Radwegen, schnellen Nord-Süd- bzw. Ost-Westverbindungen mit Anbindung an die Fernradwege, der radverkehrlichen Anbindung der Brühler Vororte an die Innenstadt, aber auch der Vororte untereinander sowie der Erreichbarkeit der Schulen und Sportstätten und natürlich des Öffentlichen Nahverkehrs - insbesondere des Schienenverkehrs - einschließlich einer sicheren, geordneten Abstellmöglichkeit für das Rad.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass es zu diesem Antrag insbesondere von der SPD-Fraktion eine Replik geben wird. Ob diese wie im Hauptausschuss von Herrn Weitz oder von einem anderen Fraktionsmitglied vorgetragen werden wird, weiß ich nicht, doch die Argumentationslinie wird sicher die gleiche sein. Im Hauptausschuss führte Herr Weitz aus, dass Mittel für eine externe Erstellung eines solchen Planes nicht nötig seien, da Grüne und CDU doch mit dem Fachbereichsleiter für ÖPNV, Verkehr und Mobilität genügend interne Fachkompetenz eingekauft hätten.

Dazu ist von Seite der Koalitionsfraktionen anzumerken, dass man möglicherweise auf eine externe Vergabe hätte verzichten können, hätte der Bürgermeister seine Hausaufgaben gemacht und die im Stellenplan stehende Stelle des Verkehrsingenieurs zwischenzeitlich besetzt.

Offensichtlich verweigert sich der Bürgermeister hier und versucht, die Besetzung dieser Stelle mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Meine Damen und Herren, deshalb beantragen wir auch einen Sperrvermerk zu Gunsten des Ausschusses für Verkehr und Mobilität, damit die Mitglieder des Ausschusses zu gegebener Zeit nochmals darüber befinden können, ob und ggf. warum eine externe Vergabe zur Erstellung eines Masterplanes angeraten ist.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf TOP 20 der heutigen Tagesordnung. Einer Bestätigung des Beschlusses des Ausschusses für Verkehr und Mobilität durch den Rat bedarf es nicht. Es ist vielmehr ein weiterer Versuch des Bürgermeisters, über einen Klimaschutzmanager die notwendige und bereits 2015 beschlossene Stelle des Verkehrsingenieurs zu verhindern. Weder kann ein Klimaschutzingenieur den Aufgabenbereich eines Verkehrsingenieurs umfänglich abdecken, noch kann ein Verkehrsingenieur einen Klimaschutzmanager ersetzen. Insofern stimmen wir auch den Erläuterungen nicht zu. Wir bitten jedoch zu prüfen, wie und unter welchen Voraussetzungen diese zusätzlich, geförderte Stelle eines Klimaschutzmanagers für die Stadt Brühl sinnvoll eingerichtet werden kann.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, gestatten sie mir zum Abschluss noch einen Ausblick auf den TOP 5 der heutigen Sitzung, Leitlinien für die Bürgerbeteiligung. Zu einer Beschlussfassung in der heutigen Sitzung sieht sich meine Fraktion angesichts der Komplexität des Themas nicht in der Lage. Angesichts der umfangreichen Haushaltsberatungen war keine Zeit vorhanden, sich in der gebotenen Tiefe mit dem Thema zu beschäftigen. Ich kann aber hier schon auf wichtige Fragen hinweisen, die aus unserer Sicht der Klärung bedürfen:

- Auf S. 7 stellt sich die Frage, ob alle Bürger zu allen Vorhaben einbezogen werden, auch wenn ein Vorhaben sich auf einen fest umrissenen Teil des Stadtgebietes bezieht?
- Auf S. 8. Stellt sich die Frage nach der Netzwerkarbeit. Wie sollen die Fraktionen diese Arbeit denn noch ehrenamtlich bewältigen?
- Mit welchen Sach- und Personalkosten ist zu rechnen?
- Werden zusätzliche Stellen nötig? Wenn ja, wieviele?

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Unter Berücksichtigung der schon im Hauptausschuss gefassten Beschlüsse und des heute abgestimmten Antrages der Fraktionen von CDU und Grünen stimmt die CDU-Fraktion dem Haushalt und dem Stellenplan zu.

Ihnen, Herr Bürgermeister, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich namens meiner Fraktion für die geleistete Arbeit. Bei allen Meinungsunterschieden regierte die Sachlichkeit. Deshalb danke ich den Ratsmitgliedern in allen Fraktionen für die sachlichen Beratungen zum Wohle unserer Stadt. Ich wünsche ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Es gilt das gesprochene Wort.